



Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg

Beschlussvorlage

Drucksachen Nr.:

BV/VIII/0062

Beschlussdatum:

Beschluss-Nr.:

Gegenstand:

Genderverbot in Neubrandenburg

Behandlung:

öffentlich

Einreicher:

Ratsherr Tim Großmüller

Beratung	Sitzungs- datum	Abstimmungsergebnis				Bemerkungen
		Ja	Nein	Enth.	Bef.	
Stadtvertretung	09.10.2024	-	-	-	-	vom Einreicher zurückgezogen

Neubrandenburg, 27.09.2024

gez. Tim Großmüller
Ratsherr

Beschlussvorschlag:

Wir beantragen das sofortige Verbot der Gendersprache in Neubrandenburg.

Finanzielle Auswirkungen:**Klimarelevanz:**

Auswirkungen auf den Klimaschutz ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

*Erläuterung:

Begründung:

Bereits in mehreren Bundesländern, darunter Bayern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Hessen und Schleswig Holstein, wurden in den vergangenen Monaten Verbote zum Gebrauch von gendergerechter Sprache an Schulen, Hochschulen oder in der Verwaltung verordnet oder angekündigt. (*Quelle: Google*)

„Im Juli 2023 wurde das Verbot erweitert: Gendern ist in der schriftlichen Kommunikation für die Verwaltung, Schule, aber auch für Vereine, Stiftungen und Verbände, mit denen das Kultusministerium gemeinsam nach außen auftritt, verboten.“ (Quelle Google)

Der Rat für deutsche Rechtschreibung lehnt es weiter ab, den Genderstern oder andere geschlechtergerechte Sprachzeichen in das amtliche Regelwerk aufzunehmen. Das geht nach Angaben der Nachrichtenagentur KNA aus einem mehrheitlich beschlossenen Papier des Expertengremiums hervor. Nach Angaben aus Teilnehmerkreisen heißt es darin: "[Sonderzeichen innerhalb von Wörtern](#) beeinträchtigen die Verständlichkeit, die Lesbarkeit, die Vorlesbarkeit und die automatische Übersetzbarkeit". Auch die "Eindeutigkeit und Rechtssicherheit von Begriffen und Texten" sieht der Rat gefährdet. (*Quelle: Zeit Online*)

Um wieder die Klarheit unserer deutschen Sprache zu fördern, setzen Sie das Genderverbot um.